

Quelle:

[www.lazarus.at/2019/07/28/staerkung-sieht-anders-aus-kaum-neue-stellen-in-der-stationaeren-pflege](http://www.lazarus.at/2019/07/28/staerkung-sieht-anders-aus-kaum-neue-stellen-in-der-stationaeren-pflege)

## Stärkung sieht anders aus: Kaum neue Stellen in der stationären Pflege



**Acht Monate nach Inkrafttreten des Pflegepersonalstärkungsgesetzes ist die Bilanz ernüchternd, ja desaströs: Nicht einmal eine von den geplanten 640 Millionen Euro wurden bislang zur Finanzierung neuer Stellen abgeholt, weniger als 100 von möglichen 13.000 zusätzlichen Stellen tatsächlich neu besetzt.**

Laut jüngsten Informationen der Deutschen Stiftung Patientenschutz sind bisher weniger als eine Million Euro ausgezahlt worden, so deren Vorsitzender Eugen Brysch gegenüber der Deutschen Presseagentur. Das Programm habe damit bisher weniger als 100 zusätzlich besetzte Stellen gebracht.

Die Freie Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen kritisierte jetzt in einem Offenen Brief an Gesundheitsminister Jens Spahn, dass das Gesetz an der Praxis vorbeigehe. „Es ist ein guter Ansatz, mehr Stellen in den vollstationären Pflegeeinrichtungen zu schaffen, ohne die Bewohner finanziell zu belasten“, so der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in NRW, Christian Heine-Göttelmann. Allerdings sei zu erwarten, dass zahlreiche Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen auf die Beantragung dieser Stellen

verzichten werden. Grund dafür sei, dass das Gesetz bis auf wenige Ausnahmen nur die Einstellung von Fachkräften zulässt und das Antragsverfahren einen enormen bürokratischen Aufwand verursacht.

Deshalb unterbreitete die Freie Wohlfahrtspflege dem Gesundheitsminister konstruktive Vorschläge für eine unbürokratische Umsetzung des PpSG und fordert, die Hürden für die Anstellung von Hilfskräften zu senken. Damit könne das vom Gesetzgeber angestrebte Ziel einer verbesserten Personalsituation in vollstationären Pflegeeinrichtungen besser erreicht werden. Die Landesarbeitsgemeinschaft ist ein Zusammenschluss von Caritas, Diakonie, AWO, DRK, Paritätischen und der Jüdischen Kultusgemeinde und vertritt mehr als 1.400 Pflegeeinrichtungen in NRW.